

Die Energiestrategie gibt zu reden

Die Energiestrategie 2030 und die Energievision 2050 führten in der gestrigen Landtagssitzung zu hitzigen Diskussionen.

Dorothea Alber

Die Regierung hat sich mit der Energievision 2050 sowie die Energiestrategie 2030 realistische Ziele setzen wollen. Diese sehen 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 und einen um 20 Prozent geringeren Energieverbrauch vor. Gleichzeitig soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtbedarf auf 30 Prozent steigen. Davon müssen «nur» 17 Prozent aus inländischer Produktion stammen – eine Reaktion auf das zu hohe Ziel, das sich die Regierung in der Energiestrategie 2020 gesteckt hatte. Der avisierte Gewinn von 269 GWh an einheimischen, erneuerbaren Energien wurde ebenfalls verfehlt, genauso wie die verkauften Elektroautos deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. So ist es zwar kein Wunder, sind die neu gesteckten Ziele realistischer, dennoch stiessen sie im Landtag gestern auf Kritik.

Allen voran war es der Abgeordnete Thomas Lageder von der Freien Liste, der sich von der Energiestrategie enttäuscht zeigte. «Ich bin überzeugt, dass wir die Vision 2050 mit diesen banalen Massnahmen nicht erreichen können.» Bis 2050 sollen der Energiebedarf gegenüber 2008 um 40 Prozent reduziert, dieser Bedarf zudem zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien gedeckt und die CO₂-Emissionen im Energiebereich auf null gesenkt werden. So sieht es die Energievision vor. Ausgehend vom Referenzjahr 2008 hat sich der Energiebedarf bis heute bereits um acht Prozent reduziert. «Bleiben für die nächsten zehn Jahre also 12 Prozent übrig – ein banales Ziel», sagte Lageder. Von 30 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien seien bereits 22 Prozent realisiert, die restlichen acht Prozent sollten laut Lageder auch problemlos erreicht werden. Die Solargenossenschaft habe daher völlig recht, dass sie ambitioniertere Ziele fordert, die sie bereits vorgestellt hat. Einer der weiteren Kritikpunkte ist, dass ein konkretes Datum fehlt, wann Neuwagen mit Verbrennungsmotoren nicht mehr

«Ich bin überzeugt, dass wir die Vision 2050 mit diesen banalen Massnahmen nicht erreichen können.»



Thomas Lageder
Freie Liste



Hitzige Diskussionen im Hohen Haus: Die Landtagsabgeordneten debattierten teils scharf über die Energievision und Energiestrategie der Regierung. Bild: Daniel Schwendener

zugelassen werden dürfen. In die gleiche Kerbe schlug sein Parteikollege Patrick Risch, der die Strategie insgesamt als mutlos bezeichnete.

Vergleich mit den Nachbarländern

Die Landtagsfraktion der Vaterländischen Union respektierte die Anliegen diverser Organisationen, die in der Energiestrategie kein visionäres Werk sehen wollen. Es könne ihnen nicht schnell genug gehen und Maximalforderungen stehen im Raum. «Dieses Drängen kommt vielerorts politisch gut an. Sie haben aber keinen Anspruch auf Realisierung, wenn sie mit unverhältnismässigen Kosten verbunden sind», sagte der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann. Die schönste, bunteste und ambitionierteste theoretische Strategie nütze nichts, wenn sie sich in der Praxis nicht umsetzen lässt. «Dass sich die Regierung hier an der möglichen und erreichbaren Umsetzbarkeit orientiert hat, ist aus unserer Sicht lobenswert», betonte er.

Trotz des Einwandes blieb der Vergleich mit den Nachbarländern und deren Bemühungen nicht aus. Daniel Oehry (FPB) merkte an: «Während Vorarlberg sich zum Ziel setzt, ab 2021 keine Ölheizungen mehr in Neubauten zu verbauen, wollen wir, dass bis 2030 bis zu 75 Prozent der Ölheizungen verschwinden. Wir zeigen aber nicht auf, wie das geschehen soll.» Auch die Schweiz will Ölkessel ganz verbieten, wie es die Totalrevision des CO₂-Ge-

setzes vorsieht. «Bei uns bestehen hier noch Lücken», sagte Oehry. Über den Zollvertrag müsste Liechtenstein das Gesetz, falls es denn nicht gekippt wird, mit seinen messbaren sowie konkreten Massnahmen übernehmen, wie Umweltministerin Dominique Hasler ausführte. Noch nicht klar ist, ob das Schweizer Gesetz das Referendum überstehen wird, welches ein Komitee von Wirtschaftsverbänden, darunter solche aus der Erdöl- und Automobilbranche, ergriffen hat.

Regierung will Ziele der Energievision erreichen

Daniel Risch widersprach der These, dass Liechtenstein die Ziele der Energievision 2050 nicht erreichen könne. «Sie wird

«Die Energievision 2050 wird unser Energiesystem grundlegend auf den Kopf stellen, wir verabschieden uns von fossilen Energien.»



Daniel Risch
Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister

unser Energiesystem grundlegend auf den Kopf stellen, wir verabschieden uns von fossilen Energien», sagte der Wirtschaftsminister. 30 Jahre mögen nur auf den ersten Blick lang erscheinen, für eine so umfassende Transformation sei es doch ein recht kurzer Zeitraum. «Die Ziele der Energiestrategie sind nach Ansicht der Regierung realistisch und erreichbar», betonte er. Ein solcher realistischer Weg sei einer, der die Interessen der Ökologie und Ökonomie möglichst gut miteinander verbinde, aber die Wirtschaft und die Menschen dabei nicht vergesse. Der Staat könne den Energieverbrauch nicht einzig und alleine vorschreiben, geschweige denn alles kontrollieren. Deswegen sei der Push-und-Pull-An-

«Eine Verdoppelung der bisherigen Fotovoltaik-Zubauziele ist sehr wohl ambitioniert. Wir müssen uns dafür schon anstrengen.»

satz der Richtige. Bei Gebäuden ist die Rede von «Mindestanforderungen», die im Einklang mit den Regeln der Nachbarländer stehen und sich an die Schweizer Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN 2014) anlehnen oder diese umsetzen. Gleichzeitig sollen Anreize in Form von Förderbeiträgen geschaffen («Pull») werden. Ein wichtiges Ziel der MuKEN 2014 im Bereich der Neubauten ist das «Nahezu-Null-Energiegebäude», das höchstens 35 kWh pro Quadratmeter und Jahr Fremdenergie bezieht. Ob es eine solche Vorschrift auch in Liechtenstein geben soll, haben die Abgeordneten nicht diskutiert.

Diskussion über Einspeisevergütung

Stattdessen entbrannte eine hitzige Diskussion zu Fotovoltaikanlagen.

Die Energiestrategie der Regierung sieht eine Verdoppelung der bisherigen Fotovoltaik-Zubauziele vor. Für Daniel Risch ist das sehr wohl ambitioniert. «Wir müssen uns dafür schon anstrengen», betonte er. Vor allem die Einspeisevergütung, die vom Staat für Strom entrichtet wird und die dazu dient, vor allem erneuerbare Energien zu fördern, sorgte für Streitstoff. Weil das Gesetz zu dieser Förderung ausläuft, waren etliche Abgeordnete besorgt und sahen ein Versäumnis der Regierung – auch wenn diese Vergütung laut Risch längst nicht mehr so attraktiv ist wie früher und zum Ladenhüter geworden sei. «Die Bauherren

wissen bezüglich Einspeisefrist am 1. Januar 2021 nicht, was gilt, das ist ein grosses Dilemma», sagte Wendelin Lampert von der FDP. Es entstehe ein Investitionsstau. Eigentlich hatte die Regierung im kommenden Jahr ein anderes Modell, sprich eine Art Marktprämie vorgesehen, doch das dauerte den Abgeordneten zu lange. Nach längerer Diskussion stellte Eugen Nägele seinen Antrag. Die Einspeisevergütung wird über eine Gesetzesänderung im Dezember-Landtag nun um ein Jahr verlängert für jene Haushalte, die im kommenden Jahr eine Fotovoltaik-Anlage bauen. Die Ziele der Energiestrategie wurden auf Wunsch von Patrick Risch von den Abgeordneten als verbindlich erklärt.

«Dass sich die Regierung an der möglichen und erreichbaren Umsetzbarkeit orientiert hat, ist aus unserer Sicht lobenswert.»



Manfred Kaufmann
Vaterländische Union